

Neue EU-Handelspolitik

Die EU-Handelspolitik gegenüber Entwicklungsländern war stets von einem Mix aus ökonomischen Interessen und politischen Kalkülen bestimmt. Bis in die 90er Jahre sicherte die EU daher – anknüpfend an die lange Kolonialgeschichte wichtiger EU-Mitgliedstaaten – ihren Einfluss bisweilen auch durch einseitige wirtschaftliche Zugeständnisse an Südregerungen. Doch heute haben Merkel und Co. solche Vorstellungen längst hinter sich gelassen. Angetrieben von der alles dominierenden Freihandelsdoktrin und der Konkurrenz zu den USA zählt nur eines: Märkte für europäische Konzerne.

TEXT: PETER FUCHS (WEED)

Typisch EU-Handelspolitik: In Brüssel legte die EU-Kommission unlängst neue verschärfte Maßnahmen neoliberaler Außenwirtschaftspolitik vor, Big Business und deutsche Bundesregierung klatschten Beifall und drängten auf schnelle Umsetzung. Kritische Zivilgesellschaft und Parlamentarier durften nicht mal in die Dokumente schauen und die Öffentlichkeit nahm kaum Notiz. Noch unverblümt als zuvor wird von Deutschland und der Europäischen Union mittlerweile in der internationalen Wirtschaftspolitik eine engstirnige Agenda großer Konzerne verfolgt. Während die Linke meist nach Latein- und Zentralamerika und die Entwicklungsszene nach Afrika schaut, nehmen Kapital und Politik die Schwellenländer Asiens fest ins Visier. Ihr Ziel – den Sieg im globalen Wirtschaftskrieg – verfolgen Konzernvertreter und EU-Eliten dabei auf mehreren Gleisen parallel: Wo multilateral, also in der Welt-

handelsorganisation WTO, noch kein Vorankommen gelingt, soll nun verstärkt auf bilateralen Gleisen Tempo gemacht werden. Entwicklungsanliegen, Ernährungssouveränität, eine zukunftsfähige Landwirtschaft, Arbeits- und Menschenrechtsnormen, soziale Sicherheit, öffentliche Dienstleistungen sowie wirksamer Klima- und Umweltschutz kommen dabei unter die Räder.

Globales Europa

Gleich zwei Mal innerhalb weniger Tage setzte die Europäische Union im April 2007 konkret um, was sie am 4. Oktober 2006 unter dem Titel „Global Europe“ als neue handelspolitische Strategie bereits angekündigt hatte. Zunächst präsentierte die EU-Kommission zusammen mit Vertretern der europäischen Arbeitgeberverbände („BusinessEurope“) ihre aktualisierte sogenannte „Marktzugangsstrategie“. Danach sollen zukünftig gemeinsame



dezentrale Teams aus Kommission, EU-Mitgliedstaaten und Wirtschaftsvertretern in allen wichtigen Exportmärkten noch entschiedener als bisher bekämpfen, was die EU und der handelspolitische Jargon ‚nicht-tarifäre Handelshemmnisse‘ nennt.

Damit gemeint sind alle Maßnahmen außer Zöllen, die das globale Geschäft von Unternehmen erschweren können – also wirtschafts-, verbraucher-, umwelt-, sozial- und entwicklungspolitische Maßnahmen, die der Logik von Freihandel, Investitionssicherheit und ungehindertem Profittransfer widersprechen.

Neue Abkommen

Wenig später wurden dann am 23. April 2007 gleich fünf neue Mandate für bilaterale handelspolitische Abkommen der EU verabschiedet. Ohne Diskussion winkte der Rat der EU-Außenminister die Mandate für Freihandelsabkommen mit Indien, Südkorea und den ASEAN-Ländern sowie für Assoziierungsabkommen (inkl. Freihandelsinhalte) mit den Andenländern und Zentralamerika einfach durch. Trotz vieler Nachfragen wird zivilgesellschaftlichen Gruppen, aber auch gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages verheimlicht, was genau in diesen Mandaten steht. Soviel aber ist sicher: Die Texte wurden seit Frühjahr 2006 in enger Abstimmung mit der europäischen Wirtschaft und ihren Lobbyverbänden erarbeitet. Sie folgen der neuen Doktrin von EU-Handelskommissar Peter Mandelson, nach dem für „Gedöns“-Themen (Gerhard Schröder) wie Umwelt, Entwicklung oder Sozialstandards nur weni-

ge unverbindliche Worte reichen, für offensive Wirtschaftsinteressen aber neue, weit reichende und verbindliche Verträge her müssen. Was die EU mit

Für „Gedöns“-Themen (Gerhard Schröder) wie Umwelt, Entwicklung oder Sozialstandards reichen nur wenige unverbindliche Worte.

den USA in der WTO aufgrund des Widerstands von Entwicklungsländern und

sozialen Bewegungen nicht erreichen konnte, soll nun außerhalb in bilateralen Verhandlungen versucht werden. Vor diesem Hintergrund ist es höchste Zeit, sich von Illusionen über die „sanfte Weltmacht“ EU zu befreien und durch die Nebelkerzen des Entwicklungs- und Klimageredes hindurch auf die tatsächliche Substanz der Global Europe-Politik zu schauen. Diese enthält eine auf harte ökonomische Interessen eng geführte Vision eines globalen Europas,

- welche interne und externe ‚Reformen‘ (also Lissabon-Strategie und Handelspolitik) zu einer Gesamtstrategie mit dem Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit zusammenführt,
- den direkten politischen Einfluss weltmarktorientierter europäischer Unternehmen innerhalb und außerhalb Europas weiter stärkt
- sowie eine ganze Reihe außenwirtschaftspolitischer Initiativen – darunter eine neue Generation bilateraler Handels- und Investitionsabkommen – nach sich zieht.

WTO-plus

Im Fokus der EU-Strategie sind vor allem die sich dynamisch entwickelnden Weltregionen und Schwellenländer, insbesondere die ‚Herausforderer-Länder‘ China und Indien, aber auch der ASEAN-Raum, Südkorea, die Golfstaa-



ten, Russland und der südamerikanischen Mercosur. Mit ökonomisch weniger interessanten Regionen, wie etwa Zentralamerika, wird es auch zu Verhandlungen kommen – denn hier gilt es auch aus geopolitischen Gründen der Vormachtstellung der USA etwas entgegen zu halten. Die neue Strategie unterstreicht zwar das fortbestehende Interesse Europas am WTO-Multilateralismus, zugleich findet aber – wie bei den USA – eine offene Verschiebung hin zum Bilateralismus statt. In den neuen bilateralen Prozessen werden eine Reihe von ‚WTO-plus‘-Zielen verfolgt. Hierzu gehören:

- a) ein stärkerer Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse
- b) die Sicherung eines ungehinderten Zugangs zu Energie und Rohstoffen,
- c) der verschärfte Schutz geistiger Eigentumsrechte (vor allem Patente),
- d) die beschleunigte Öffnung von

Dienstleistungsmärkten,

e) die Durchsetzung ungehinderter Niederlassungsfreiheit (Liberalisierung der Investitionsregeln in Entwicklungsländern),

f) die Liberalisierung öffentlicher Beschaffungsmärkte für EU-Exporteure

g) sowie die Einführung von Wettbewerbspolitik in den Ländern, wo sie der Unterstützung des Marktzugangs europäischer Unternehmen dienen kann.

Rechte ohne Pflichten

Einer verbindlichen und wirksamen Integration von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, zur Sicherung sozialer Standards oder zum Umwelt- und Klimaschutz hat die EU eine Absage erteilt – zugunsten eines unverblümt harten ökonomischen Kurses. Zur konkreten Umsetzung ihrer Strategie hat die EU unter anderem einen neuen Modellvertragstext für „Investitionen, Dienstleis-

Ein Mann trägt Leguane, eine nicaraguansische Spezialität, durch die Straßen der Hauptstadt Managua.





INFODIENST: SOZIALE VERANTWORTUNG KONKRET

tungshandel und E-Commerce“ sowie die neuen Mandatstexte für bilaterale Verhandlungen vorbereitet. Dazu kommen – neben den nun auch offiziell wiederbelebten WTO-Verhandlungen – die bereits laufenden bilateralen Prozesse: Die so genannten EPAs (Economic Partnership Agreements) mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik); der EuroMediterrane-Prozess sowie Wiederbelebungsversuche zu den blockierten EU-Mercosur-Verhandlungen. Ferner wird an einer Aktualisierung der China-, Russland- und Ukraine-Abkommen, der oben genannten neuen Marktzugangsstrategie sowie an weiteren Initiativen wie Überprüfung der Anti-

dumpingpolitik und einer Strategie zu geistigen Eigentumsrechten gearbeitet.

Besonders kritisch ist unter anderem die weitere Liberalisierung von Investitionsregeln in Entwicklungsländern zu sehen: Statt Konzerne an die Leine verbindlicher Pflichten zu legen, knüpft die EU an gescheiterte Versuche in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, und der WTO zu konzernfreundlichen internationalen Investitionsabkommen an. Sie versucht auf bilateraler Ebene den

EU-Unternehmen neuen Marktzugang und starke Eigentumsrechte zu gewähren, aber keinerlei ökologische oder soziale Pflichten aufzuerlegen. NGOs und kritische Wissenschaft verlangen dagegen neue „Investitionsregeln für zukunftsfähige Entwicklung“, wie sie etwa in einem Alternativvorschlag aus dem kanadischen International Institute for Sustainable Development (IISD) formuliert werden (Fichtner 2006). Chancen auf Verwirklichung haben derlei Vorschläge nur, wenn kritische NGOs und Gewerkschaften aus der EU mit Partnern im Süden und linken Regierungen eine Gegenmacht zu ‚Global Europe‘ aufbauen. ■

WEITERE INFOS

- AG Handel des Forums Umwelt & Entwicklung 2007: Global Europe: Die neue handelspolitische Strategie der EU, Bonn (im Erscheinen), www.forumue.de
- Fichtner, Nikolai 2006: Internationale Investitionspolitik für zukunftsfähige Entwicklung: Der Vorschlag eines ‚Model International Agreement on Investment for Sustainable Development‘ des IISD. WEED-Arbeitspapier, Berlin, www.weed-online.org

FOTO + GRAFIK: SABINE BROSCHEIT, EPD-ENTWICKLUNGSPOLITIK